

Brauer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Österreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. — Inserate die fünfgepaarte Petitzeile 20 Pf.

Redaktion: R. Wiehle, Linden-Hannover.

Sämtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressieren: R. Wiehle, Linden-Hannover, Hallenstraße 23. Postzeitungsliste: Nr. 1187.

Nr. 24.

Hannover, den 13. Juni 1896.

6. Jahrgang.

Bekanntmachungen.

Durch Beschluss des Hauptvorstandes treten die auf dem Verbandstag gefassten Beschlüsse mit dem 1. Juli in Kraft. Wir wollen daher nicht versehnen, sämtliche Mitglieder ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß sie, falls sie abzureisen gezwungen sind, sich vorher abmelden haben. Die neue Bestimmung des Statuts wird streng durchgeführt werden. Mitglieder einer Zahlstelle können dies bei ihrem Vorstande bewirken, die Einzelmänner aber durch Vorzeigung ihrer Invalidenkarte auf derjenigen Zahlstelle, in welcher sie auf der Reise zuerst eintreffen. Sämtliche Vorstände der Zahlstellen sind laut Statut verpflichtet, die Abmeldung zu vollziehen.

Diesen Zahlstellen, welche eine Abrechnung vom 1. Quartal noch nicht einsandten, werden ersucht, dies umgehend zu thun, damit die Abrechnung fertig gestellt werden kann.

Der Ausschluß des Mitgliedes Joh. Brenneisen wird hierdurch rückgängig gemacht.

Der Hauptvorstand.
J. A. R. Wiehle.

Zur Beachtung!

Laut Beschluß des Verbandstages sollen die Einsender von Inseraten gleich den Insertions-Betrag beifügen. Die Größe der Inserate wird dann je nach Höhe des Betrages eingerichtet werden. Inserate, welchen der Betrag nicht beifügt ist, bleiben unberücksichtigt.

Die Expedition der „Brauer-Zeitung“.

Da die Versammlungsberichte nur Aufnahme finden sollen, wenn dieselben für die Allgemeinheit von Wichtigkeit sind, so ersuchen wir die Einzender, namentlich die Herren Schriftführer, alles Unwichtige aus den Versammlungsberichten gleich fortzulassen und möglichst weit auseinander zu schreiben. Zugleich wiederholen wir unsere schon mehrfach ausgesprochene Bitte, daß Papier nur auf einer Seite zu beschreiben.

Die Redaktion der „Brauer-Zeitung“.

Die Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 7. Mai d. J., in welcher die bekannte freikonservative Interpellation betr. den Reichs-Ladenabschluß nach den Vorschlägen der Reichskommission für Arbeitstatistik verhandelt wurde, brachte auch ein interessantes Eingeständnis des preußischen Handels- und Gewerbemühlens, Dr. v. Berlepsch, das es wirklich verdient, im Interesse seines Bekanntwerdens eine sachliche Beleuchtung zu erfahren. Zum besseren Verständnis der Veranlassung, der es seinen unfreiwilligen Ursprung verdankt, sei der Gang der betr. Sitzung in aller Kürze resumirt.

Gegen die Vorschläge der statistischen Reichskommission, zur Beschränkung der Arbeitszeit der Kaufmännischen Ladengehilfen und des übrigen Hilfspersonals den täglichen Abschluß der Ladenarbeitszeit auf 8 Uhr Abends anzutunen, hat sich in den Kreisen der selbstständigen Geschäftslente und in der ihr durch das Inseratenwezen nahestehenden Presse eine erhebliche Opposition erhoben, die schließlich in einer Interpellation der freikonservativen Landtaggruppe und in einem diesbezüglichen Antrage an die Staatsregierung, dem Vorschlag der Reichskommission ihre Zustimmung zu versagen, resp. keine Folge zu geben, ihren Ausdruck fand. Wie nicht anders zu erwarten stand, waren die Hauptkorps der bürgerlichen Parteien einig in dem Bestreben, die von den Geschäftsunternehmern gefürchtete soziale Reform zu verhindern, und zwar von den Stecklervätern bis zu den Freisinnigen; von diesem Dreiklassenparlament, in dem die Arbeiter gänzlich unbeteiligt sind, kam ein solches Resultat nicht weiter bestreitend. Nur ein Zentrumabgeordneter, Stöbel, und Stöcker sprachen im Interesse einer Reform für den Ladenabschluß, während noch ein nationalliberaler und ein konservativer Abgeordneter sich gegen den Kammerantrag aussprachen. Die Debatte brachte alle reformfeindlichen Schätzungen zum Vorschein; neben den Beschwerden über die Reglementierung und Schabloneisierung fehlte es auch nicht an scharfen Ausfällen gegen die ganze Sozialreform überhaupt und gegen die Wirklichkeit der Reichskommission für Arbeiter-

statistik. Daß der freikonservative Antrag besonders von den schleierwähnten Motiven geleitet war, verrich der Abgeordnete v. Kardorff im Schlussworte nur zu deutlich, indem er den Zweck des Antrages dahin erklärte: derselbe solle das Missfallen der Mehrheit über die ganze sozialpolitische Gesetzgebung seit 1890 zum Ausdruck bringen. Man sieht, im Dreiklassenparlament lassen die Herren alle Rücksichten fallen, welche bei der Bäckerarbeitsverhandlung im Reichstage wenigstens noch einigermaßen aufrecht erhalten wurden. — Diesen Angriffen gegenüber beschränkte sich der preußische Handelsminister auf die Vertheidigung des Arbeitsschutzprinzips an sich und der Reichskommission, in deren Bezug er die Vorwürfe über unzureiches und sensatioelles Vorgehen zurückwies. Mit Recht bemerkte Herr v. Berlepsch, daß durch derartige Missverständnisse und Gebungen der ganzen Arbeitsschutzgesetzgebung das Fundament entzogen werde, und er wandte sich dann gegen die Meinung, als ob sich die Reichskommission mit ihren Untersuchungen und Arbeiten überstürze. In der darauf bezüglichen Zurückweisung der Angriffe ist ihm das bemerkenswerthe Eingeständniß entschlüpft, daß als objektives Urteil aus dem Munde des Ministers für Sozialreform und in Übereinstimmung mit unserer immakulierten Auffassung doppelt beachtlich erscheint. Er sagte dabei u. A.: „Man hat vielmehr von einer ungeheuren Überstürzung gesprochen, deren sich die Arbeiten der Kommission schuldig machen. Meine Herren! Nach 4jähriger Thätigkeit ist bis jetzt ein Resultat erzielt worden: Die Verordnung über die Bäckerarbeitsverhältnisse. Wie man da von einer Überstürzung und Überarbeitung sprechen kann, ist mir nicht ersichtlich.“

Wir gestehen gern, daß auch wir in dem Schnecken tempo der deutschen Sozialreform eher das Gegenteil von Überarbeitung und Überstürzung erblicken, und daß selbst das eine Resultat, das Freiherr v. Berlepsch bezeichnete, die Bäckerarbeitsverordnung mit ihrem 12stündigen Maximalarbeitsstag und ihren zahlreichen Ausnahmen, weit davon entfernt ist, die Arbeiter zu befriedigen. Die völlig unzureichende Tragweite der Bundesratsverordnung ist denn auch in der Arbeiterpresse schon scharf gerügt worden, und die Arbeitervertreter im Reichstage hätten sicher weniger mit ihrer Kritik der Maßnahmen zurückgehalten, wenn ihnen nicht die Angriffsstafette der Bourgeoisparteien eine Vertheidigung der minimalen Schutzgestandnisse aufgenötigt hätte. Genosse Bebel gab denn seiner Stellungnahme in dieser Beziehung am Schlusse der Bäckerdebatte einen unzweideutigen Ausdruck.

Die selbe bürgerliche Angriffsstafette ist es denn auch, die den preußischen Gewerbeamt in der etwas ungewohnten Stellung eines Vertheidigers der Sozialreform erscheinen läßt und wenigstens seine Reden inhaltlich denen der sozialdemokratischen Arbeitsschutz-Vertreter nahe bringt. Auch bei der Bäckerarbeits-Interpellation fand er einen glücklichen Ton der Abwehr gegen die Angriffe auf die Bundesratsverordnung, den er in anderen Momenten, als es nichts abzuwehren gab, nicht finden konnte. Wir erinnern an die bekannte Konfektions-Debatte, die der Interpellation Heyl und Genossen folgte; dort wollte der Handelsminister die Nothwendigkeit eines gesetzlichen Haushaltsschutzes und sonstiger außerordentlicher Regierungsmaßnahmen absolut nicht einsehen, sondern fabulierte von der Gründung bürgerlicher Sittschaftsvereine, von vertragsmäßiger Ausübung des Zwischenmeisterthums und appellte an den guten Willen und an die soziale Einsicht der Konfektionäre zur Beleidigung aller Missstände. Ob der Gang der einigungsanstrengenden Verhandlungen und der frapslos unverhüllte Vertragsbruch der Konfektionäre den preußischen Gewerbeamt inzwischen eines Besseren belehrt und von der dringlichen Nothwendigkeit eines gesetzlichen Eingreifens in diese Interessenphäre überzeugt haben? Es wäre immerhin möglich, wenn der Widerstand gegen hausindustrielle Arbeitsschutzaktionen nicht von ganz anderen Rücksichten geleitet wird.edenfalls nehmen die Erhebungen der Reichskommission trotz des vorherigen Streubaus des Freiherrn v. Berlepsch ihren ungehinderten Fortgang, und die Reichskommission wird aus ihren Resultaten schon zu rechnen Zeit das rechte Fazit ziehen. Wenn Freiherr v. Berlepsch dann noch im Amte ist, wird es sich ja zeigen, ob er gesetzlichen Reformen für die Haushaltung zustimmt oder nicht.

Diese verschiedenartigen Vorcommunismen in der diesjährigen, an sozialpolitischen Debatten so reichen Parlamentsession werfen übrigens ein bezeichnendes Licht auf die Art und Weise, wie sich die herrschenden Mächte und die einflussreichen Parteien in Deutschland die Förderung der Sozialreform angelegen sein lassen; es treten da ganz interessante Wechselbeziehungen zwischen den Regierungen und den herrschenden

Klassen zu Tage, deren Resultat jedesmal die Verhinderung oder Abschwächung irgend einer Reform bedeutet. Sobald nämlich der Reichstag, durch irgend welche an unhaltbare Zustände sich anknüpfende Reformbewegungen veranlaßt, mit Mehrheitsbeschuß von den verbündeten Regierungen eine Arbeitsschutzmaßregel fordert, begegnet er dem ausweichenden oder starren Widerspruch der Regierungsvertreter, oder die Reform wird von Sesson zu Sesson verschoben, bis unterdessen die Zustände so unhaltbar geworden sind, daß auch die zuerst geforderte Reform bei Weitem nicht mehr genügt. Vielleicht hilft auch eine langjährige Enquete der Regierung über eine solche Verlegenheitspause hinweg. Sieht sich dagegen die Reichsregierung, die sicher weniger von autoritären Rücksichten, sondern bei Arbeitsschutzreformen einzigt und allein von der eigenen Erkenntnis nothwendiger Reformen sich leiten lässt, gezwungen, irgend eine Maßregel ernstlich durchzuführen, so findet sich sicher im Reichstage eine arbeitsschutzfeindliche Mehrheit zusammen, die ungeachtet der schönsten Phrasen sogar gegen ihre eigenen Forderungen stimmt oder unter dem Vorwande, der Reform eine sichere Annahme zu ermöglichen, die Vorlage ihres besten Inhalts beraubt und verschlechtert, dieselbe bis zur Wirkungslosigkeit verstimmt. An beiderseitigen Belegen ist die diesjährige Session reich. Giebt sich darin auch zunächst nur die geheime Übereignung der herrschenden Mächte gegen Arbeitsschutzreformen fund, so liegt doch andererseits der Rückschluß auf die wirklichen Mächte der Mehrheitsbeschluße ic. äußerst nahe. Man fühlt es nur allzu deutlich, daß keine der verhandelnden Mächte die Forderungen und Beschlüsse der anderen ernst nimmt und glaubt hinter den Phrasen, Entschuldigungen und Versicherungen das Augenlachen zu vernehmen. Der Arbeitsschutz, der zwischen solchen Kontrahenten abgehandelt wird, faßt der Arbeiterklasse allerdings ebenso wenig nützen, wie dem Unternehmerthum schaden, und wenn die bürgerlichen Parteien, wie die Regierungen noch weiterhin fortfahren, ihren Reformbestrebungen gegenseitig Knüppel in den Weg zu werfen, so kommt in den nächsten 4 Jahren bis zum Ende des 19. Jahrhunderts für die Arbeitersklasse ebenso wenig heraus. Kein Wunder, daß selbst einsichtige Gewerbeamt vor tiefgreifenden Reformen zurückstehen, weil sie den Widerstand der Unternehmer und ihrer parlamentarischen Interessenvertreter ebenso fürchten, als die bürgerliche Gegnerschaft. Das Schicksal der Bäckerarbeitsverordnung wirkt eben nicht sehr ermunternd für weitere soziale Pionierarbeiten. Andererseits kein Wunder, daß die bürgerlichen Parteien hinter jedem Arbeitsschutz ein gefährliches revolutionäres Prinzip wittern und trotz dessen unabwendbarer Nothwendigkeit gegen denselben stimmen, denn die Regierungsvertreter und die Regierungspresse hat ja selten versäumt, die Reformbestrebungen und auch die Gewerkschaften als staatsfeindlich revolutionär zu bekämpfen, den Arbeitern die Korporations- und Versammlungsfreiheit vorzuenthalten und alle weitergehenden Reformen als kommunistisch zu brandmarken. Die Saat, die vor 5 Jahren bei der Maximalarbeitsstag-Debatte im Reichstage gesät wurde, die präzentiret bei den Bäckerarbeitsangriffen ihre Früchte. Und ähnlich wird es in den kommenden Jahren ergehen, wenn diesejenigen Reformen, die heute noch von Regierungssseite befämpft werden, sich als der unumgängliche Mindestschutz hergestellt haben. Und den objektiv beobachtenden Regierungsvertretern kommt die soziale Einsicht gewöhnlich immer noch früher, als den gegnerischen Interessenparteien.

Und wer anders, fragen wir weiter, trägt am trügen Schnecken tempo der deutschen Sozialreform die Hauptschuld, als die Regierungsvertreter selbst, zu deren Ressort die Durchführung von Arbeitsschutzmaßnahmen gehört, oder die Regierungen, die einer solchen Reformfähigkeit schon im inneren Schoße die größten Hemmnisse bereiten? Über weeshalb sollte eine energische Regierung, der es wirklich Ernst mit der Durchführung sozialer Reformen ist, nicht Mittel und Wege finden zur Rechtfertigung ihres Vorgehens, und Gelegenheit, wenigstens einen Theil der beobachteten Maßnahmen durchzuführen. Man bedarf dazu keineswegs der idealen Konstruktion des Wagnerschen sozialen Königthums, des Königthums der Geisen; eingehend begründete Maßnahmen, die ebenso nachhaltig, wie Maßnahmen vertreten würden, hätten oft genug eine Mehrheit gefunden. Zum wenigsten hinderte die Regierung nichts, den Arbeitern die völlige Koalitions- und Versammlungsfreiheit zu gewähren und sie selbst für die Anerkennung ihrer Forderungen sorgen zu lassen. Dazu stand es ihr ebenso unbenommen, wenigstens die Gewerbeaussicht zu verbessern und die Beamten mit Erfolgsgewalt auszutüfen, da sie dazu nicht einmal der besonderen Zustimmung des Reichstags bedurfte. Von selbedem

haben wir nichts verstanden. Man hat dem Drängen der Industriellen zur Verschlechterung der Sonntagsruhe nachgegeben, ja durch vorzeitige Nachgiebigkeit geradezu diesem Treiben Vorschub geleistet, man hat einzelne Arbeiterschutzbestimmungen in sorgfältiger Weise gehandhabt und durch Dienstvorschriften theilweise suspendirt; man hat bis heute noch nicht alle Bestimmungen der Gewerbenovelle in Kraft gesetzt. Den Reorganisationsbestrebungen bezügl. der Fabrikinspektion halb man zähnen Widerstand entgegengesetzt und den Arbeitern bis dato die Korporationsrechte verweigert, ungeachtet der behördlichen Anebelungen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen und Altonen. Man hat sich im bürgerlichen Gesetzbuchentwurf nicht einmal bemüht gefunden, den Arbeitern auch nur ihr förmliches Vereins- und Versammlungsrecht wenigstens reichsrechtlich zu garantiren. Dafür aber hat man die Reformbestrebungen der Arbeiter unzählige Mal bekämpft, verhindert, verurtheilt und gehobelt, hat den Antireformvorschlag künftlich gezüchtet und genährt und sich jeder freiwilligen reformerischen Initiative über das Programm der Gewerbenovelle von 1891 hinaus völlig enthalten. Wie man sich da noch über den Schneekang der deutschen Sozialreform wundern kann, das bleibt uns zum Mindesten ebenso unverständlich. Wir wundern uns überhaupt nur darüber, daß dabei auch nur das Wenige geschehen ist. Wäre nicht eine dritte treibende Macht vorhanden, die Arbeiterbewegung, so wäre auch das noch nicht einmal durchführbar, denn unsere Arbeiterschutzmäuse im Parlament und am Regierungstische sind einander würdig.

U.
einen seiner Kollegen mit Schimpfworten belegt"?! Als Antwort wird's heißen: "Ja, Bauer, das ist auch ganz etwas anderes." Ausmerkung: Da der Braumeister nämlich eine bedeutend gründere Verantwortung hat als jeder Bursche, so darf dasselbe — nicht so in Aufregung gerathen, wie ein Mensch mit geringer Verantwortung (nicht wahr? — sehr logisch!) Endlich glaube ich nicht sehr zu schließen, wenn ich behaupte, daß jeder Braumeister jahrelang auch als Bursche thätig war; da nun der Braumeister als Bursche noch kein Engel war (er müßte denn so heißen), so ist er auch heute noch keiner, denn so großartige Verwandlungen gehen langsamer wie z. B. ein Gährungsprozeß vor sich. Dem Herrn Madelaine und Einsender imple ich noch den Vererbungsvorschlag ein, daß ich von jetzt ab mich zum Schelten möglichst nicht mehr hinreissen lassen werde. Mit andern Worten, es werden so große Rücksichten nicht mehr genommen wie vorher (wie ich z. B. auch mit dem Einsender ein Dutzend Mal und noch öfter genommen). Wer seine Schuldigkeit nicht thut oder unhöflich antwortet, mag sich eine bessere Arbeitsstätte suchen, wo er mit Glaceehandschuhen angefaßt wird und mit Verbrennungen am Morgen in's Geschäft, des Abends herauskomplimentiert wird.

Indem ich Sie auf Grund des § 11 des Pressgesetzes um wörtliche, umgehende Veröffentlichung vorstehender Zeilen ersuche, diese Ihnen zugleich als Nachricht, daß ich von weiteren Schreibereien abscheue werde, da ich erstlich keine Zeit und zweitens keine Lust habe, als unbezahlter Mitarbeiter die Seiten Ihrer Zeitung mit "interessanten Entwicklungen" zu füllen. Zur Veröffentlichung von Sachartikeln habe ich mir bis dato die Nürnberg "Brauer- und Hopfen-Zeitung" gewählt. Sollten Sie aber für spätere Aufsätze wirklich nobel honoriert, so stehe Ihnen ev. noch als Mitarbeiter zur Verfügung.

ges. Victor Westphal,
Braumeister der Export-Brauerei "Zur Löwenburg",
Kaiserslautern.

Wir haben der vorstehenden Berichtigung, zu deren Abruck wir übrigens gar nicht verpflichtet sind, Stamm gegeben, um den Herrn Westphal in seiner ganzen Glorie erscheinen zu lassen. Von den Kollegen ist bereits wiederum eine Befreiung über diesen Herrn eingelaufen und die Arbeiter von Kaiserslautern werden hoffentlich nächstens auch ein Wörlein mitreden, so daß der Hochmuth, der aus jeder Zeile des auf so hohem Pferde reitenden Herrn spricht, sich auch noch in das Gegentheil verwandeln kann. Wir werden im Laufe des Sommers dem Herrn Braumeister, der, beständig bemerkt, Vorsitzender eines Brauergesellenvereins in Kaiserslautern ist, Gelegenheit geben, in öffentlicher Versammlung seinen Mut zu beweisen und die heutige Berichtigung mündlich zu vertreten. Bis dahin erlauben wir uns, seine Angaben zu bezweifeln, umsonst als uns bekannt ist, daß Herr Westphal seinen Mannesmuth bisher nur dadurch bewies, daß unsere Mitglieder zum Ausspannen gedrillt oder entlassen wurden. Jedenfalls ist in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen worden.

Aalen. Der Kollege Klein referierte hier vor zahlreichen Zuhörern. Derselbe sprach ferner in Stuttgart, Schaffhausen und Karlsruhe. In Speyer scheint die Mitteilung, bestreitend die Einberufung der Versammlung, verloren gegangen zu sein, da eine Versammlung nicht einberufen war.

Chemnitz. Den Kollegen und Berufsgenossen von den Orten Chemnitz, Zwickau, Altenburg und Gera zur Mitteilung, daß der geplante Ausflug am 28. Juni stattfindet und zwar nach Glauchau und den Muldenthal. Wir bitten die Kollegen, namentlich die Verbandsmitglieder, dahin zu reisen, daß die Beteiligung eine allgemeine wird, denn dadurch nur kann der beabsichtigte Zweck erreicht werden. Gleichzeitig werden die Vertrauensmänner erucht, nähere Angaben über die Zahl der Teilnehmer dem Kollegen Ulrich in Grächen, Chemnitz, Bergstraße 42, zu übermitteln.

Düsseldorf. Unsere am 5. Juni stattfindende Versammlung war schwach besucht. Die Wichtigkeit der Tagesordnung hätte zu zahlreichem Besuch aufrufen sollen, doch scheinen die Kollegen hierzu auf ihren Vorbeeren, welche aber noch sehr spärlich sind, auszuruhen zu wollen. Die Versammlung beschloß den Kollegen der Brauereien Schlösser, Höfel, der Alten-Brauerei, sowie einer Anzahl Kollegen der Dieberichs-Brauerei, welche immer durch Abwesenheit in den Versammlungen glänzen, eine Rüge zu ertheilen. — Zum 2. Punkt erörterte Achniz, daß er wegen der schwach besuchten Versammlung keinen Bericht vom Verbandstag erhalten könne. Dieser Punkt wurde darauf vertagt. Ferner wurde beschlossen, die Zeitungsexemplare an Herrn Schwarz adressieren zu lassen und haben die Mitglieder sich die Zeitung vom 19. d. M. selber dort zu holen. Eine Ausnahme soll der Alten-Brauerei Bilk und der Brauerei Unterhösel in Eitorf gestattet werden, weil die Entfernung 1½ bis 2½ Stunden beträgt. — Zu Punkt 3: "Sommervergnügen", wurde nach langer Debatte eine Dammsforte nach dem Siebengebirge beschlossen und eine dreigleidige Kommission mit den nötigen Vorarbeiten dazu betraut, lesteß soll sich mit den Kollegen in Mühlheim, Köln und Bonn in Verbindung setzen und dieselben zur Teilnahme aufzufordern. Unter "Beschiedenes" wurde beantragt, eine öffentliche Versammlung abzuhalten und wird das weitere in der nächsten Nummer im Versammlungskalender und Jägerstentheil mitgetheilt werden. Mit einem Appell an die Kollegen, die nächste Versammlung zahlreicher und pünktlicher zu besuchen, schloß der Vorsitzende um 12½ Uhr die Versammlung.

Effern a. d. Ruhr. Am 7. Juni fand im Lokale des Herrn Franzen unsere Monatsversammlung statt. Nachdem die Beiträge entrichtet worden waren, ließ sich ein Kollege in den Verband aufnehmen. Darauf fand die Neuwahl eines ersten Schriftführers und eines Vertrauensmannes der Alten-Brauerei statt. Ferner schilderte ein Kollege der Brauerei Hohenzollern & Stinnestadt die dort herrschenden ungünstigen Verhältnisse, Mittheilungen, welche allgemeines Erstaunen erregten. Schließlich wurde noch bekannt gegeben, daß im Laufe dieses Monats eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung abgehalten werden soll.

Freising. Sonntag, den 31. Mai, Nachmittags 3 Uhr, tagte unsere Monatsversammlung, welche ziemlich gut besucht war. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden Meindorfer sprach Kollege Wagemann-Mannheim die Tätigkeit des Verbandstages und die Notwendigkeit der Organisation in längeren Ausführungen. Nach dem Referat diskutierte man noch über verschiedene Angelegenheiten. Nach einem ernstigen Schlussspruch seitens des Kollegen Wagemann, dem man für seinen 1½ stündigen Vortrag volle Anerkennung zollte, wurde die Versammlung geschlossen.

Fürth. Die am Sonnabend, den 6. Juni, abgehaltene Monatsversammlung war überaus zahlreich besucht, da auch sämtliche Fürther Kollegen, die dem Verband erst seit kurzem angehören, anwesend waren. Nach Erledigung der üblichen Tagesordnung ergriff Schmidt-Nürnberg das Wort und widmete dem Kollegen Wagner, der sich vor vierzehn Tagen aus der Brauerei Eobra & Maier entlassen hatte, angeblich, um ins Spital zu gehen, und nun als Seize in der Begutachtung gefunden wurde, einen herzlichen Kuss. Wagner war schon seit längerer Zeit krank, er war schon eingewandert im Spital und die Erkenntnis, daß er wohl niemals mehr gefunden werde, hat ihn zu dem verhängnisvollen Schritte getrieben. Darauf erstattete Redner Bericht über die am Tage zuvor stattgehabte Kommunikationsitzung befreit am 1. März eingetretene Forderungen. Die Unternehmer haben es abermals abgelehnt, mit der aus den Arbeiterausschüssen hervorgegangenen Kommission in Unterhandlung zu treten, angeblich deshalb, weil diese Kommission nicht von den Ausschüssen aus allen Brauereien gewählt ist. Redner machte nun den Vorschlag, die Wahl am Mittwoch in der Generalversammlung des Zweigvereins Nürnberg zu ergänzen und dann nochmals vorstellig zu werden. Von einzelnen Rednern wurde Schmidt vorgeworfen, er hätte die Sache verzögert, und daß bei etwas schneidigerem Vorgehen längst ein anderes Resultat erzielt sein müßte. Schmidt verwarf sich dagegen, da er

keinen Schritt getan habe, der nicht im Einverständnis mit den leitenden Arbeitersführern, speziell dem Genossen Segis, geschehen wäre. Es sei in anderen Städten auch nicht alles auf einem Vertrag worden und von einem Nachgehen sei überhaupt keine Rede, da wir an der Einführung einer geregelten Arbeitszeit unter allen Umständen festhalten werden. Aber ehe man es zum Umschlagen kommen lässe, müsse man doch auch die Folgen bedenken. Wenn wir diesmal nicht zum gewünschten Ziele kommen sollten, so werden wir bei Wiederbeginn der Mälzerie gegen die einzelnen Brauereien vorgehen. Unsere Angelegenheit wird die Öffentlichkeit so lange beschäftigen, bis die Herren Brauereibesitzer menschenwürdig Verhältnisse in ihren Betrieben eingeführt haben. — Da sich auch das Verbandstage-Protokoll bereits in den Händen der Kollegen befindet, so macht Schmidt auf die Stelle, die von den Differenzen zwischen ihm und Wickle handelt, besonders aufmerksam. Die Kölner Kollegen hatten von diesen Differenzen bis heute überhaupt keine Ahnung, ebenso wenig, daß sich Schmidt mit den Plänen trage, einen Süddeutschen Verband gründen zu wollen. Schmidt hat in den vielen Versammlungen, denen er hier bewohnte, sich über diese Pläne mit einem Worte auszulassen. Nachdem Kollege Ebel die Kollegen ermahnt hatte, auch ferner treu zur Sache zu halten, da durch den Verband sicher noch viel erreicht werden wird, und noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde die sehr animierte Versammlung geschlossen.

Groß-Gera. Die Organisation ist kaum in's Leben gerufen und schon hat es sich gezeigt, daß Einigkeit etwas vermag. Allerdings ist uns die Leitung der hiesigen Brauerei in freundlichster Weise entgegengekommen. Die Arbeitszeit wird geregelt werden. Der Lohn ist auf 85 Pf. pro Monat erhöht und die übrigen Verhältnisse werden ebenfalls geordnet werden.

Halle a. S. Der vom hiesigen Bundesvereinsvorstand und seinen Helfershelfern wegen unheimlicher Zugehörigkeit zum Verbande, missbrauchte Kollege Walther hat das Krankenhaus wieder verlassen. Derselbe wird ziellos arbeitsfähig sein, da ihm unter Anderem auch die Blase zerstört wurde. Er hat bereits nach kurzen Aufenthalt in der freien Luft wieder das Krankenhaus aussuchen müssen, da er nicht mehr weitergehen konnte. Die Rechtsfertigung des Kroll in der Buntzeitung hat der Kollege Bardehauer in Hamburg (auch ein Bundesgenosse, aber wenigstens ein ehrlicher) richtig beurtheilt. Wir verzichten deshalb auf eine Rechtsfertigung.

Karlsruhe. Sonnabend Abend fand im Saale des Herrn Kalbach eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt, welche eine Anwesenheit von über 200 Brauereiarbeitern aufwies. Als Referent war Kollege Klein aus Hamburg anwesend, welcher in 1½ stündigem Vortrage sich meisterhaft über das Thema "Entstehung der Brauerbewegung" ausprach. Darauf kam G. Bremer auf die Verhältnisse der hiesigen Brauereien zurück. Nachdem er die vorjährige Lohnbewegung und deren Resultate geschildert, führte er im Weiteren aus, daß wir dieses Jahr, trotzdem wir schon 7 Wochen in stiller Bewegung standen, noch nichts erreicht hätten. Im Weiteren wurde angeführt, daß auf gänzlichem Wege nichts mehr zu erlangen sei, die alten Forderungen fallen zu lassen, einfach neue zu stellen und dieselben mit aller Energie durchzuführen. Dies wurde einstimmig angenommen und folgende Forderungen gestellt: 1. Der Lohn für gelehrte Brauer beträgt 25 Pf. pro Woche, für Bierkutscher 24 Pf., für Hilfsarbeiter, sofern sie im inneren Betriebe beschäftigt sind, 22 Pf. und nach einjähriger Tätigkeit 24 Pf. Wöchentliche Lohnabzahlung, 2. 10 stündige Arbeitszeit von 6—6 inklusive ½ Stunde Frühstück und 1½ Stunden Mittag, 3. Freigabe des 1. Mai, 4. Abschaffung der Sonntagsarbeit, 5. Bezahlung der Überstunden mit 50 Pf. pro Stunde. — Diese Forderungen wurden von Allen, außer den anwesenden Brauern und Bierburschen, einstimmig angenommen. Nachdem darauf G. Schmidt eine ausgezeichnete Ausführung der hier bestehenden Verhältnisse vorlegte, wurde nach langer Diskussion, in welcher verschiedene Redner ermahnten, treu zur Sache zu halten, eine Resolution verlesen mit folgendem Wortlaut:

"Wir erklären uns mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und werden nach besten Kräften dafür wirken, daß den Brauereiarbeitern Verhältnisse blühen und gedeihen!" Die Wahl einer 7 gliedrigen Lohnkommission unter Hinzuziehung des Gewerkschaftsrats, wurde bis zu der am Mittwoch, den 10. Juni stattfindenden Mitglieder-Versammlung mit darauffolgender öffentlicher Versammlung vertragt, damit sich die Kollegen noch einmal näher aussprechen können. Nach einem donnernden Hoh auf die internationale, moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Koburg. Die hiesige Aktien-Brauerei stellte in diesem Jahre, entgegen dem vorhergehenden, 7 Mälzer aus. Die Leute nehmen nach unserer Ansicht auch heute noch mit Recht an, daß man sich blos der Verbandsmitglieder entledigen wollte. Die Brauerei wies jede Unterhandlung in dieser Sache zurück und es beschäftigte sich eine allgemeine Bürgervereinigung am 1. Juni mit dieser Angelegenheit. Kollege Wickle referierte in sehr eingehender Weise über die Verhältnisse innerhalb der Brauereien und kritiserte namentlich das Verhalten des Braumeisters. Die imposante Versammlung, zu welcher Leute aus allen Gewerkschaftsklassen erschienen waren, wählte eine Kommission von 5 Mann, welche erst noch einmal den Versuch machen soll, die Sache in Güte einzulegen. Die Kommission entledigte sich ihres Auftrages, erreichte aber die Wiedereinstellung der Entlassenen nicht. Man wolle 3 Monate keinen Menschen entstellen, um zu beweisen, daß die Mälzer wegen Mangels an Beschäftigung ausgestellt seien. Ob damit die Antraggeber zufrieden sein werden, bleibt abzuwarten.

Köln. Am Sonntag, den 31. Mai, fand eine öffentliche Brauerversammlung statt, in welcher man sich vorzugsweise mit den Verhältnissen in der Brauerei Altenburg beschäftigte. Da dieser Brauerei arbeiten 3 Kollegen vom Herbst bis jetzt in der Mälzerie und waren sonach die ältesten. Sie wurden dennoch jetzt entlassen, während man die zuletzt eingestellten weiter arbeiten ließ, da die ersten Kollegen dem Verbande angehörten, während die letzteren denselben fernblieben. Als Grund der Entlassung wurde angegeben, daß sie teurer wären, weil sie vor einiger Zeit als 4 Mann fehlten, sich weigerten, die Arbeit für diese mit zu leisten, ohne eine Entschädigung dafür zu erhalten. Über diesen Punkt entstand nun eine lebhafte Debatte und wurde folgende Resolution angenommen: "Die heutige öffentliche Versammlung erkennt die Verhältnisse in der Brauerei Altenburg als derart schlecht an, daß eine Abänderung durchaus notwendig ist. Die Versammlung beschließt daher, die weiteren Schritte einer Kommission zu überlassen, welche zugleich mit dem Gewerkschaftsrat in Verbindung treten soll." — Nachdem ein Kollege in das Gewerkschaftsrat gewählt worden, wurde die Versammlung geschlossen.

Mainz. Am Nachmittag des Kronleuchtmittwochs fand hier unsere Versammlung statt. Die ziemlich rege und bestige Diskussion drehte sich um die Fahne und die Wahl des Kollegen Wulf zum Verbandstag. Nach eingehender Erörterung wurden die Fragen zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst.

München. Die Zustände in der hiesigen Kloster- (früher St. Anna-) Brauerei, welche bis vor Kurzem gute genannt werden konnten, haben sich seit Einstellung des neuen Braumeisters sehr zu Ungunsten der organisierten Arbeiter verändert. Ausdrücke, wie: "Was, um 6 Uhr wollen sie Feierabend, die Kerle," "Ihr seid keine Brauer, Ihr seid Lämmel" u. s. w. lassen die Arbeiterfreundlichkeit, sowie hohe "Bildung" dieses Herrn, der ehemals dem Bunde angehörte, wohl genügend erkennen. Die Behandlung, welche er gegenüber den Mälzern angesehen hat, veranlaßte 2 Organisierte, freiwillig zu ziehen. An deren Stelle nun stellte er, getreu der Weisung, hier eine Gegenorganisation gegen uns gründen zu helfen, sofort 2 Leute ein, welche mit ihm in der Unionsbrauerei in Berlin gearbeitet hatten und dem Bunde angehört haben oder noch angehören. Diese beiden "kollegen", nun machten es sich bisher zur Aufgabe, die Organisation zu schädigen und alles, was sie erfuhrten, dem Braumeister wieder zu hinterbringen. So machten sie es z. B. mit einer Anerkennung, welche der Obermälzer einem von ihnen

gegenüber gebrachte se. und als ein Organisator zu ihnen sagte, daß sie wahrscheinlich Bündesbrüder seien, verwahrten sie sich zwar, stellten sich als treue Anhänger der Organisation hin, denunzierten aber ersten, welcher dann deswegen vom Braumeister entlassen wurde. Dass sie denunziert hatten, mussten sie übrigens selbst zugeben. Der Name des Direktors der Brauerei, welcher den früheren einzigen Braumeister entlief und an dessen Stelle den jetzigen, dem Bunde angehörigen oder zur Zeit denselben noch sehr freundlich gestalteten Braumeister einstellte, ist Karbin. Dieser Herr bezeichnet sich den Arbeitern gegenüber als "Genosse", was jedoch stark bezweifelt wird. Der Name des Braumeisters ist Röthle und war derselbe zuletzt in Schlesien. Die Namen der beiden Berliner sind: Schmidt, ca. 38 Jahre alt, aus Amberg oder Bamberg (Franken), Klein und die und Günz aus Höchstädt (Niederbayern). Letzterer führt ein frischeres Verbands- und ein Bündesbuch. Dem Herrn Braumeister möge in seinem eigenen Interesse gerathen werden, sein Benehmen zu ändern, andernfalls wie uns sonst noch öfter mit ihm beschäftigen könnten. Leider treten die organisierten Kollegen der Brauerei gegen diese beiden Leute sehr wenig entschieden auf, denn sonst würden sie keinen freundschaftlichen Verkehr mit ihnen pflegen, sondern ihnen die wohlverdiente Nachbeachtung zu Theil werden lassen.

Neumünster. Am 6. d. M. fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Unter "Verschiedenes" wurden die Zustände der Brauerei Hinselmann u. Komp einer scharfen Kritik unterzogen. So wurde von mehreren Rednern angeführt, daß genannte Brauerei stets 4-5 Lehrlinge hält, wogegen den Sommer über höchstens 5 Burschen da sind, die anderen sind Hilfsarbeiter. Die Lehrlinge müssen bei zweijähriger Lehrzeit 400 M. Gehalt bekommen und wenn die Leute ausgelernt haben, bekommen sie einen Lohn, welcher hinter demjenigen verschiedener Hilfsarbeiter zurückbleibt. Auch wurde die Handlungswise des Herrn Hinselmann verurtheilt, welcher sich ausgedrückt hat, sämtliche gelernten Leute aus dem Geschäft bringen und ungelernte einstellen zu wollen, welche billiger arbeiten. Burschen sollen wohl ausgebildet, aber keine beschäftigt werden. Auch die Ausdrücke, welche den Leuten gegenüber gebracht werden, sind nicht sehr schmeichelhaft. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Kartell zu unterbreiten, um auf diese Weise Menedur zu schaffen.

Nürnberg. Die am Dienstag, den 2. Juni, abgehaltene Brauerversammlung, in welcher Kollege Klein-Hamburg in einem ausgezeichneten Vortrag „Die Bewegung im Brauergewerbe von ihren Ursprüngen bis zur Gegenwart“ schilderte, war von Seiten der Kollegen nicht so besucht, wie es wünschenswert gewesen wäre, was sehr bedauerlich ist. Die Kollegen müssen unbedingt mehr Interesse an den Tag legen, und nicht nur in Versammlungen geben, wo man sich mit Lohnfragen beschäftigt, sondern auch in solche, wo sie Aufklärungen erhalten und ihr Wissen bereichern können. Erst dann wird die Organisation ihren Zweck voll und ganz erfüllen können. An dem Vortrag des Kollegen Klein knüpfte sich eine sehr lebhafte Diskussion, in der Schmidt und Leithner, sowie der Referent wiederholt eingriffen. Joh. Schmidt erfuhr den Referenten auch, den Kollegen über die Angelegenheit zwischen ihm und Wiegels, wie sie auf dem Verbandstag erörtert wurde, Bericht zu erstatten. Klein ist der Ansicht, daß bei genauer Prüfung die Kommission nicht zu dem Beschlusß hätte kommen können, welchen sie gefaßt hat. Aber man sei mit einem gewissen Vorurtheil gegen Schmidt nach München gegangen, und sei es überhaupt bedauerlich, daß diese ganze Angelegenheit, der rein persönliche Motive zu Grunde liegen, auf dem Verbandstag verhandelt worden ist. Er habe es deshalb von vornherein abgelehnt, in die Kommission einzutreten. Das und wie die Sache verhandelt wurde, gerührte dem Verbandstag nicht zur Ehre. Jetzt Schmidt erfuhr, um den guten Eindruck, den die Versammlung hat, nicht zu verwischen, in eine Diskussion über diese Angelegenheit nicht einzutreten. Die Versammlung war damit einverstanden und wurde dieselbe nach einem Schlusssatz durch Schmidt geschlossen. Und so wollen denn auch wir hoffen, daß diese leidige Sache endlich für immer begraben ist und auch bei uns wieder der Friede einfieht, der unbedingt nötig ist, wenn etwas Erfreiliches geschieht werden soll. Wenn es jeder versteht, nach den Gaben, die ihm von Natur aus verliehen sind, mitzuarbeiten, und sich einer dem Andern anpaßt, und wenn es nötig ist, auch unterordnet, so wird die eingerissene Misstrümmer wieder verschwinden und unser Norden daher die Worte, die Wiegels noch nach Schluss der Verhandlungen in München gesprochen hat, nicht spurlos verhallen.

Pforzheim. Am 1. April wurde hier eine Zahlstelle gegründet, welcher jetzt bereits 43 Mitglieder angehören. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Kollege Dahlhäuser (Vorstandsvorsteher), Kollege Häcker (Kassirer), Kollege Dojer (Schriftführer), Kollege Endres (Revisor und zugleich stellvertretender Vorstandsvorsteher), Kollege Schrey (Revisor und stellvertretender Kassirer), Kollege Hecht (Revisor und stellvertretender Schriftführer). Hierauf wurde noch beschlossen, daß die Versammlungen jeden ersten Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat in der alten Koppeln stattfinden sollen.

Pfungstadt. Bei unserer ersten Monatsversammlung, welche am 31. Mai abgehalten wurde, schritt man, nachdem Punkt 1 der Tagesordnung erledigt war, zur Wahl des Vorstandes. Diese ergab folgendes Resultat: Paul Weigel (Vorstandsvorsteher), Kaspar Kreil (Stellvertreter), Jakob Ley (Kassirer), Joh. Hob (Stellvertreter), Dan. Ochsenträger (Schriftführer), Wilh. Bauer (Stellvertreter), Herrn. Thielisch, Jak. Spies und Ad. Wögler (Revisoren). Kollege Wolf-Maiss wollte über den Verlauf des Verbandstages in München Bericht erstatten, mußte aber leider darauf verzichten, weil ein großer Theil der anwesenden Kollegen geschäftlich abberufen wurde.

- Am Sonnabend, den 6. Juni fanden sich zur vorerwähnten Berichterstattung fast sämtliche Mitglieder ein, und erneute Kollege Wolf nach seiner fast zweistündigen Berichterstattung volle Anerkennung.

Puntigam bei Graz. In der ersten Grazer Brauerei Puntigam hatten die Arbeiter, zusammen 300 Mann, am 13. Mai der Direktion einen neuen Lohntarif mit dem Bemerkung vorgelegt, denselben innerhalb vier Tagen zu bewilligen, andernfalls am Montag den 18. Mai alle Arbeiter die Arbeit einstellen würden. Daraufhin berief der Oberdirektor Herr von Huimann sämtliche Arbeiter zu einer Versammlung und legte den neuen Lohntarif vor, demnach die Binder eine Gehaltskürzung von monatlich 2 Gulden, somit 47 Gulden und 44 Gulden; sämtliche Professionen um 2 Gulden mehr, somit 36 Gulden bis 42 Gulden erhalten. Das Deputatbier von fünf Liter täglich wurde auf drei Liter festgelegt; die Brauereiarbeiter erhalten einen Gulden Aufbesserung, somit 49 Gulden; die Mälzer bekommen mit Beginn der neuen Malzkampagne statt bisher 200 Hektoliter Getreide zu wittern, nur 150 Hektoliter. Überzahlung pro Hektoliter 10 Kreuzer mehr, sowie Vermehrung des Arbeitspersonals, Sudhaus statt Doppelgeschoss für die Vermehrung des Personals, Entschädigung für die Arbeitszeit über 10 Stunden und die allgemeine Sonn- und Feiertagsruhe kommt die Direktion sich nicht entschließen, da der steiermärkische Brauerherren-Verband noch dagegen sei. Die Arbeiter sind aber entschlossen, für die 10 stündige Arbeitszeit unentwegt einzutreten, und wenn sie heute die Arbeitszeitstellung noch nicht beschließen, so nur deswegen, weil sie dies noch nicht für zeitgemäß halten.

Regensburg. Durch die am Sonntag, den 31. Mai, abgehaltene Versammlung, in welcher Kollege Wiegels sprach, sind wirklich geradeaus schandeckende Zustände an das Tageslicht gefördert worden. Die Arbeitszeit dauert 14-18 Stunden, nämlich von 2-3 Uhr Morgens bis 9, ja 10 Uhr Abends. Die Bierfiebler machen am Sonnabend ohne Pumpauf zwei und seben hintereinander 26-29 Stunden. Von einer den bündesträthlichen Bestimmungen entsprechenden Sonnagsruhe ist in dieser christlichen Stadt keine Spur vorhanden. Hier fährt am Nachmittage der da wohlabende nach dem Keller und füllt ab. Die Mälzer haben, obwohl sie Sonntags weit länger als drei Stunden arbeiten, noch nie an einem Sonnabend frei gehabt. Ja, wir haben Klappen gegeben, die eigentlich als Ruhestatt nicht benutzt werden sollten von Menschen, die 16-20 Stunden und darüber gearbeitet haben,

sondern dort müßten die Faulenzer, die, wie man sagt, dem lieben Gott, die Tage abstehlen, einmal von ihrer „Arbeit“ ausruhen. - Zu diesem Vorbruch schaut die befähigte Wirthin und Frau Brauereibesitzerin gar finster darin. Redenfalls würde sie aber noch finsterer blitzen, wenn sie sich den Mann recht oft ansehen dürfte, wo den ganzen Tag Licht gebraucht werden muß, nämlich das noble Zimmer der Burschen, in das kein Lichtstrahl von außen Eingang findet. Drei Leute schlafen blas in einer Klappe zusammen. Ein Raum, der eigentlich für einen Mann kann genutzt, dient 7-9 Leuten als Schlaf- und Wohnraum. Wir hätten es nicht für möglich gehalten, daß es noch Arbeitgeber gibt, die den Arbeitern, welche sich jahrsweise für ein paar Lumpenpfennige abmühen, einen solchen Wohn- und Schlafraum anzubieten wagen. Lange Arbeitszeit und niedrigen Lohn findet man stets bei einander. In Regensburg und Umgebung erhalten die Leute Löhne, die jeder Beschreibung höhn sprechen: 36 Mark pro Monat ohne Kosten, 45, wenn es hoch kommt 65 M., das ist die Bezahlung. Für eine so gefundheitswidrig Arbeit also Stundenlöhne von 6-12 Pf.! Hier ist es wirklich an der Zeit, daß man eingreifen wird. Die Früchte, welche die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zeitigt, liegen hier klar vor Aller Augen. Bündesgesetzen! Hier ist ein Feld, Eure Kunst zu beweisen, Kollegialität zu üben und mit allen Euren Kräften für Befreiung dieser, aller Kollegialität hohnsprechenden Zustände zu kämpfen! - Ah, pardon, Ihr wollt ja nur bitten. Ja, da kommt Ihr hier bei den Unternehmern gerade recht.

Salzburg. Trotz aller Hindernisse, die uns in den Weg

gelegt werden, bricht sich doch auch bei uns die Erfahrung Lohn, daß es so, wie bisher, nicht mehr weiter gehen kann. Eine Arbeitszeit von Morgens 2 Uhr bis Abends 7 und 8 Uhr ist hier fast allgemein anzutreffen. Die Sonntagsruhe steht zwar auch in Österreich mit dem Papire, aber es läuft sich kein Mensch darum. Und dabei erhalten wir einen Lohn von 35-40 Gulden (etwa 55-60 M.). Von diesem horrenden Lohn werden aber noch so stümlich 2 Gulden für Wäsche, Krautkasse u. s. w. abgezogen. Wie aber sieht es mit der Reinlichkeit aus und was geschieht mit dem Gelde, das wir für die Krankenkasse zahlen? Darauf giebt uns die Brauerei Kaltenhausen, eine der größten Brauereien in der Umgebung, Antwort. In dieser Brauerei ist die Farbe der Bettwäsche dem Erdoden vollständig gleich. Daß diese Bettwäsche jemals gewechselt worden, kann sich von den Leuten, die da jetzt beschäftigt sind, niemand denken. Eine solche Lagerstätte teilen dann zwei Kollegen miteinander. Durch die verschiedenen Gelder, die für die Krankenkasse abgezogen werden, ist der Bestand derselben auf die Summe von 17 000 Gulden angewachsen. Wird aber ein Kollege krank, so läßt man sich zwar das erste Mal zwei oder drei Tage lang gefallen, kommt es aber wieder vor, so wird er entlassen und bekommt von den Gebern, die er selbst mit in die Kasse bezahlt hat, nicht einen Kreuzer heraus. Daß es unter solchen Umständen nicht erst der Dozent bedarf, wie sich die Unternehmervresse, besonders der „Gamblers“, bei jeder Gelegenheit so geschmaclhaft aufführt, ist selbstverständlich. Die Kollegen fühlen das Entzückendste ihrer Lage selbst. Und so wurde es hier denn auch mit Freuden begrüßt, als unsere deutschen Kollegen vom Delegirertag in München einen ihrer Ithigen, den Kollegen Schmidt aus Nürnberg, zu uns entsandten, der uns unsere Lage klar vor Augen führte und uns zeigte, daß nur durch die Organisation Abhilfe geschaffen werden kann. Da die Ankunft eines deutschen Kollegen nicht genügend bekannt war, so waren auch nicht so viele Kollegen anwesend, wie es anders der Fall gewesen wäre. Es wurde deshalb das Gründchen an den Nürnberger Kollegen gestellt, baldigst wieder nach Nürnberg zu kommen. Hoffentlich werden sich dann mehr Kollegen zu der Versammlung einfinden und kann der Erfolg dann nicht ausbleiben.

Schweinfurt. Hier fand am Dienstag eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher Kollege Wiegels den Anwesenden ein Bild über die wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart entrollte. Die Kollegen haben hier mit Hilfe der Arbeiter ihre Lage etwas aufgeklärt und es gilt nun durch einiges Zusammenhalten und Ausbau der Organisation das Erzugene zu erhalten. **Schweinfurt.** Hier fand am Dienstag eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher Kollege Wiegels den Anwesenden ein Bild über die wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart entrollte. Die Kollegen haben hier mit Hilfe der Arbeiter ihre Lage etwas aufgeklärt und es gilt nun durch einiges Zusammenhalten und Ausbau der Organisation das Erzugene zu erhalten.

Schweinfurt. Die Versammlung vom 31. Mai wurde um 3 Uhr eröffnet. Zunächst wurde beschlossen, daß der Einladung der Heidelberg'schen Kollegen durch Unterschrift der Tintulare Bedeutung getragen werden und die Abfahrt um 2 Uhr vom Schweinfurter Bahnhof erfolgen soll. Das Gartenfest wurde in ein Tanzkränzchen umgedeutet und soll am 27. Juni abgehalten werden. - Unter "Verschiedenes" führte Kollege Kerber Beschwerde wegen Nichtbezahlung seiner Überstunden und beantragte, Rücksprache mit den Herren im Brauhaus zu nehmen. Von Vorstande wurde es aber zurückgewiesen, indem sich die Brauer mit einer Lohnanpassung und der neuen Arbeitszeit einverstanden erklärt hatten. Kerner erklärte Genosse Stroh, daß die Lohnkommission ihrer Aufgabe zur allgemeinen Befriedigung der Brauereiarbeiter gerecht geworden ist. Er erfuhr aber die Kollegen, bei einer Änderung der Arbeitsbedingungen sich zuerst an den Vorstand zu wenden, damit solche Verhinderungen wie die des Kollegen Kerber, unterbleiben. Nachdem die Versammlten der Lohnkommission den Dank für ihre Thätigkeit ausgesprochen hatten, wurde die Versammlung gegen 6 Uhr geschlossen.

Ulm. Sonntag, den 1. Juni, fand in: Gasthaus „zum Stern“ eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der hiesigen Brauereiarbeiter statt. Als Redner war Kollege Klein aus Hamburg erschienen. Derselbe schilderte in gewandter Rede die Zustände, welche in der Brauereibranche vorhanden sind. Begann mit dem Einschauen der deutschen Arbeiterbewegung und Führung der Umstände, welche es entschuldigen, daß die deutschen Brauereiarbeiter sich nicht gleich ebenfalls der Bewegung angeschlossen, sonder der Redner darauf zu sprechen, auf welche Weise die Bewegung in dieser Branche eingeleitet wurde. Anfangs der 80er Jahre entstand unter den Brauern eine Organisation, sogenannte Harmonievereine. Doch es wähnte nicht allzu lange, bis die Erkenntnis sich mehr und mehr verbreitete, daß es auf die Dauer unmöglich sei, die Mitglieder mit leeren Worten abzuspielen und sie auf die alleinige Unterstützung ihrer Arbeitsbrüder zu verweisen. Mehr und mehr wurde man überzeugt, daß die Wurzel des Übels ganz wo anders zu suchen sei, als bisher angenommen wurde. So fand man, daß im Jahre 1889 in Schlesien und Thüringen gegen die Lehrlingszüchter von Seiten der Brauereiarbeiter Front gemacht wurde. Der Kampf der Arbeiter in Hamburg, wo circa 1000 Brauereiarbeiter ausgesperrt wurden, endete während der Cholerazeit natürlichweise zu Ungunsten der Arbeiter. Auch die Gewerbevereine fingen an, als Gegner der Streiks aufzutreten und den Räumenden in den Mänteln zu fallen. Diese Vorgänge rissen den Arbeitern die Binde von den Augen und die nothwendige Folge war, daß sich die Arbeiter eifrig und fest zu organisieren begannen als bisher geschahen. Selbst in Süddeutschland fand man die Kollegen jetzt eifrig an der Arbeit, Organisationen zu schaffen, um die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Zum Schluß forderte der Referent die Anwesenden auf, sich zu organisieren, die Organisationen zu erneuern, fest zusammen zu stehen, damit auch endlich in Ulm eine Besserung der Arbeitsverhältnisse durchgeführt werden könnte. Bei der nun folgenden lebhaften Diskussion, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, entpuppte sich Herr Möbus als fanatischer Anhänger des hiesigen Brauereigewerbevereins, indem er behauptete, als Mitglied (zugleich 2. Vorstand) des Brauereivereins sei es ihm durch gegebene Unterschrift zur heiligen Pflicht gemacht, nur für diesen zu wirken; außerdem dürfe man absolut keine andere Meinung annehmen oder vertreten, solange man dort Mitglied sei, ferner vertrat er die Ansicht, daß ein Bierbrauer mit einem Monatslohn von 60 M., wenn er seine Biermarken richtig verwerte, gut auskommen könne. Dass diese Behauptungen unter den anwesenden Brauern beständigen Widerstand erzeugten, war leicht verständlich, den Höhepunkt der Entrüstung führte aber Möbus herbei, als er die nachfolgenden Diskussionsredner durch fortwährende Zwischenrufe am Sprechen zu hindern suchte; schließlich war Möbus so in die Enge getrieben, daß er seinen Widerstand vollständig aufgab und die Kritik über seine Ansichten resignirt über sich er-

geben ließ. - Zu seinem Schlusssatz besprach der Referent die Erfahrungen, welche in heutiger Versammlung jeder habe machen können, betonend, daß solche klare Ansprache der Arbeiter untereinander für diejenigen nur nutzlich sein könnte, weil hier jeder Sehe, wer Freund oder Feind der Arbeiter oder ihrer gerechten Sache sei. Diese Aussicht bestätigte sich auch sofort, da sich nachher eine Anzahl Kollegen aufzumachen ließ. Bemerk sei noch, daß jetzt die Arbeiter der Brauerei „zum goldenen Hirsch“ vollständig organisiert sind. - Bei Punkt 3 der Tagesordnung wurde Kollege Vogel als Schriftführer vorgeschlagen und auch einstimmig gewählt. Weiter wurde beschlossen, in jeder Brauerei einen Vertrauensmann aufzustellen, dieselben würden ebensofort gewählt. Hierauf wurde die imposant verlaufene Versammlung nach 3 stündiger Dauer geschlossen.

Würzburg. Hier herrschen ganz ähnliche Zustände wie in Regensburg. Von Sonntagsruhe ist keine Rede. Die Arbeitszeit dauert von Morgens 3 bis Abends 8 Uhr. Sicherlich dürfen die Leute nur auf Kommando. Die Werkführer arbeiten von 2 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends. An Zoll Würzburger Brauhaus wird illusorisch gemacht, indem man die Verbandsmitglieder zu mochregeln sucht. In der Brauerei Beer haben sich Brauer gefunden, welche einen Schäffler beim Besitzer denunzierten wegen Sammelns für die streitenden Schäffler Münchens. Man stellte dem Kollegen eine Falle, aber er sich eben nicht hinein. Auch glauben die Braumeister in Würzburg noch das Recht zu haben, die Leute zu prügeln, wie es sich kürzlich erst wieder in einer Versammlung gezeigt hat. Kurz Achtung scheinen die Brauereien vor dem Gesetz wenig zu haben. Die Willkür herrscht überall. Hoffentlich werden die Behörden dafür sorgen, daß auch die Brauereien die hiesigen Sonntagsruhe einhalten. Am Freitagabend haben die Leute um 1 Uhr Nachts aufzuhören müssen, um zu arbeiten, damit sie am Mittwoch einige Stunden Muhe hätten. Die Kollegen müssen daher zusammenstehen und sich durch nichts irre machen lassen, denn sonst wird einer solchen Schandwirtschaft, wie sie in den Brauereien Würzburgs herrscht, niemals eine Ende bereitet werden können.

Würzburg i. S. Vergangenen Sonntag fand im Restaurant "Belvedere" hier selbst eine öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder des Centralverbandes deutscher Brauer und vorwährend der Berufsgenossen im Bezirk Zwischenstaat statt. Vertreten waren die Orte: Auerbach, Cainsdorf, Blaibach, Ebersbach und Mosel; anwesend 23 Mitglieder. In Punkt 1 der Tagesordnung: „Bericht über den Verbandstag in München“ erfuhrte in ausgedehnter Weise Kollege Ed. Siebelstein-Leipzig. Näher hier auf das ausführliche, übersichtliche Referat einzugehen, ist überflüssig deshalb, weil jedes Mitglied durch die Zeitung orientiert sein wird. - Bei Punkt 2: „Wahl der Delegierten zum internationalen Brauereiarbeiter Kongreß“, wurden die Kollegen Wiegels-Hannover und Klein-Hamburg einstimmig gewählt. - Bei Punkt 3: „Bericht aus den Brauereien“ referierte der Brauereimann, Genes Müller, kennzeichnend hierbei namentlich die lange, übermächtige lange Arbeitszeit in den Brauereien Cainsdorf, Mosel, Marienthal und Pöhlitz, wobei namentlich die letztere in Bezug auf Sonntagsarbeit in unethischer Weise gänzt; statistische Angaben konnten nicht gemacht werden, weil ein großer Theil der angegebenen Statistiken noch nicht eingegangen ist, u. a. Niederschlesch, Greiz u. s. w. Die Woll gen von Greiz bitten wie höchstlich, auf an sie (W. Teich) gerichtete Briefe wenigstens Antwort zu geben. Nachdem noch einige Kollegen an der Debatte sich beteiligt, Kollege Siebelstein bezeichnete die Worte der Aufklärung und Aufmunterung an die Kollegen gerichtet, sie zu treuem Zusammenhalten ermutigend, was sehr angebracht war, wurde, nachdem in der Diskussion Genes Müller sich in einigen Punkten bezüglich der verschiedenen Anträge zum Verbandstag geäußert und Kollege Siebelstein in seinem Schlusssatz dankenswerthe Aufklärung gegeben, die Versammlung nach dreistündiger Dauer mit einem Fest aus den Verband geschlossen. - Kollegen, veracht nicht Euch bei event. Abreise beim Vertrauensmann abzumelden, um etwaige Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Den Kollegen in der Vereinsbrauerei wird die Benützung der hiesigen Arbeiterbibliothek angeleghentlich empfohlen.

Wien. In Nr. 23 (vom 4. Juni d. J.) der Bundeszeitung deutlicher Brauergesellen ist ein Artikel - angeblich von einem Kollegen der Währinger-Brauerei verfaßt, welcher sich in phrasenhafter Verdrehung gegen eine von der „Wiener Arbeiterzeitung“ gebrachte Schilderung der in genannter Brauerei herrschenden „schönen“ Zustände wendet. - Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß vor Allem konstatiert werden, daß der betreffende Artikel in der Bundesstätte nicht von dem Unterzeichner verfaßt werden ist, sondern von der Brauereileitung selbst; der arme Lenzel, welcher seine Unterschrift in Unkenntnis dessen, was er that, ergab, ist - dies muss ganz bestens berücksichtigt werden - noch vajirend, also nicht eingestellt in der Brauerei Währing. Einer Vajirenden, der erst 5 Wochen sich in diesem Etablissement aufhält, zur Unterzeichnung eines solchen weittragenden Artikels zu bewegen, ist gezwungen eine Gemeinheit. Warum hat man denn nicht einen älteren Burschen, d. h. einen solchen, der schon längere Zeit in dieser Brauerei beschäftigt und fest eingestellt ist, zur Unterzeichnung herangezogen? - Diese Frage ist sehr einfach damit beantwortet, daß sich keiner der Währinger eingestellt, wohlgemerkt Frau Brauereibesitzerin hingegen hätte. Denn - wieder aufgegriffen Ihr Herren Bundesgesellen - die Währinger eingestellten Brauergesellen sind sämtlich in der Organisation und da die Wiener Brauer, Raubbinder und deren Hilfsarbeitergewerkschaft auf sozialdemokratische Partei steht, so haben sie selbstverständlich mit allen Kriechern und Zwickeldeckern von der Art der deutschen Bundesgesellen nichts zu schaffen. Der bedauernswerte Unterzeichner des erwähnten Schnarchels befand sich unbewußt in der Notlage, d. h. entweder unterzeichnete er und thal damit den Willen der Brauereigewaltigen, oder - er lernte sein Bindel schnüren. - Es beweist dies nur von Renem, von welcher Beschränktheit die ehrlichen Gefüllungen der Herren Brauereibesitzer im Allgemeinen sind. Wir Wiener organisierten Burschen, wir sind 500 an der Zahl, erklären hiermit, daß wir die Bundesgesellen, sowie ihr Organ, die Bundes-Zeitung, gründlich verachten. Im Namen aller Wiener organisierten Brauer: H. J. (Anmerk. d. Red. Bemerkenswerth ist es, daß der Artikel von der Brauereileitung an die „Braumeister-Zeitung“ des Herrn Horn gesandt wurde und so auch in die „Bundes-Zeitung“ kam. Ist die „Bundes-Zeitung“ noch immer Sprechorgan der Unternehmer? Wird auch diese von dem Vorstehenden Notiz nehmen? Pardon, die „Brauer-Zeitung“ liegt ja mir.)

Saalfeld. Der Kampf der Hopfenweiner von Teichnitz um Erzielung besserer Löhne auf den Ant von Dreher'schen Hopfenfluren ist nach ca. 14tagigen eimütigen Zusammenhalten der Teichnitzer Hopfenweiner mit ihren Frauen zu Gunsten derselben beendet. Die Erzugenshaften sind: 20 Kreuzer für den Schnitt des Hopfens, 1 Gulden für älteren und 95 Kreuzer für den neuen Hopfen; außerdem das Getreidefassen zum jeweiligen Tagespreis, die Waldbart im Winter und die Abschaffung der vom Michelober Inspektor bereits beorderten fremden Arbeiter. Die Preise für Hopfen sind per Schotz zu verstehen. Wir freuen uns mit diesen lantwirtschaftlichen Arbeitern um den ersten Erfolg, den sie erreungen und können nur unserer Bewunderung darüber Ausdruck geben, daß solche geringe Forderungen bei der Direktion anfangs auf hoher Widerstand stießen. Dies ist hauptsächlich auf das den Arbeitern so wenig entgegenk

